



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 15. Februar 2012

Aus Berlin

Debatte: Was passiert mit den Überschüssen der Krankenkassen?

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) und der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, haben die Krankenkassen angesichts finanzieller Überschüsse zu Beitragsrückzahlungen an die Versicherten aufgefordert. Eine Beitragssenkung solle es nicht geben. Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble (CDU) brachte eine Kürzung des Bundeszuschusses zum Gesundheitsfonds ins Spiel. In der aktuellen Debatte hat sich auch die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe zu Wort gemeldet und gefordert, bevor über Beitragsrückzahlungen debattiert werde, sollten die regionalen Ungerechtigkeiten bei der Vergütung ambulanter Leistungen beseitigt werden. Ähnlich äußerte sich die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) in Hinblick auf Sparmaßnahmen in Kliniken. Die Opposition hat sich mit unterschiedlichen Positionen an der Debatte beteiligt: Zurück zu kassenindividuellen Beiträgen will Prof. Karl Lauterbach (SPD), von Trickserei spricht Harald Weinberg (Die Linke), die Zurückhaltung der Kassen findet Birgitt Bender (Die Grünen) nachvollziehbar. Die Krankenkassen weisen die Forderungen nach Rückzahlungen zurück: „Die Bundesregierung entscheidet über die Höhe des Beitragssatzes, die einzelnen Kassen über Prämien und Zusatzbeiträge“, sagte ein Sprecher des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung. ([Financial Times Deutschland, 12. Februar, 13. Februar](#) und [14. Februar](#); [Ärzte Zeitung, 11. und 13. Februar](#); [Süddeutsche Zeitung, 14. Februar](#); [Pressemitteilung der KV Westfalen-Lippe, 14. Februar](#); [Pressemitteilung der DKG, 13. Februar](#))

Kabinett beschließt Novellierung des Arzneimittelgesetzes

Die Bundesregierung hat den „Entwurf für das zweite Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften“ beschlossen. Mit dem geplanten Gesetz werden europäische Richtlinien unter anderem zur Verbesserung der Pharmakovigilanz und zum Schutz vor Arzneimittelfälschungen umgesetzt. Beispielsweise werden Anforderungen an Hersteller, Importeure und Vertreiber von Wirkstoffen konkretisiert. Für bestimmte Arzneimittel sind Sicherheitsmerkmale auf der Verpackung vorgesehen, um die Echtheit des Arzneimittels überprüfen zu können. Zudem gelten künftig sowohl für ausländische Versandapotheken, als auch für deutsche Apotheken dieselben Preisvorschriften. Das Gesetz muss noch den Bundestag und Bundesrat passieren und tritt voraussichtlich im Juli in Kraft. ([Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 15. Februar](#))

Nationaler Krebsplan: Beteiligte Akteure beschließen Umsetzung der Empfehlungen

Die für die Krebsversorgung zuständigen Spitzenorganisationen, zu denen auch die KBV zählt, haben beschlossen, die Empfehlungen des Nationalen Krebsplans eigenverantwortlich umzusetzen. Dies ergab ein Treffen mit Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) und den weiteren Beteiligten, wie dem Gemeinsamen Bundesausschuss, der Deutschen Krebsgesellschaft und den Krankenkassen. Ein Fokus der Maßnahmen liegt auf der Verbesserung der

Früherkennung von Gebärmutterhals- und Darmkrebs. Außerdem soll der Bürokratieaufwand für Ärzte reduziert werden. ([Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit, 8. Februar](#))

Infektionsschutzgesetz: Meldepflicht für Mumps, Keuchhusten, Windpocken und Röteln

Die Bundesregierung hat das Infektionsschutzgesetz um eine Meldepflicht für Mumps, Keuchhusten, Windpocken und Röteln erweitert. Zudem hatte sie einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Umsetzung der internationalen Gesundheitsvorschriften der Weltgesundheitsorganisation neu regelt. Die Neuerungen behandeln unter anderem den öffentlichen Gesundheitsschutz in Flughäfen und Häfen. ([Heute im Bundestag, 8. Februar](#); [Süddeutsche Zeitung, 11. Februar](#))

Aus KBV und KVen

Studie: Wartezeiten für privat und gesetzlich Versicherte unterscheiden sich kaum

Einer Studie der Universität Hamburg zufolge, lässt sich eine Zweiklassenmedizin anhand unterschiedlicher Wartezeiten von gesetzlich und privat Versicherten kaum nachweisen. Die unterschiedliche Wartezeit auf einen Termin beim Hausarzt betrage zwischen beiden Versichertengruppen lediglich 0,8 Tage. „Die Studie ist eine Versachlichung zum Thema Wartezeiten und zeigt, dass eine in Deutschland viel beklagte Zweiklassenmedizin ein Mythos ist“, erklärte Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV. ([Pressemitteilung der KBV, 9. Februar](#))

KV-on: Mittendrin statt außen vor – als ausländischer Arzt in Deutschland arbeiten

Die Kaiserin Friedrich-Stiftung kümmert sich um ausländische Ärzte, die eine Zeit lang in Deutschland arbeiten. Dr. Gisela Albrecht, Geschäftsführerin der Stiftung, erzählt auf KV-on mit welchen Problemen diese Ärzte oftmals konfrontiert sind und was die Stiftung dagegen unternimmt. ([Videopodcast auf KV-on, 10. Februar](#))

Gremium berät Vorstandsvorsitzenden bis Müller-Nachfolge geklärt ist

Dr. Carl-Heinz Müller, Vorstand der KBV, zieht sich aus seinem Amt zurück. Ein Nachfolger für Müller wird auf der KBV-Vertreterversammlung am 21. Mai in Nürnberg gewählt. Bis seine Nachfolge geklärt ist, berät ein Gremium den KBV-Vorstandsvorsitzenden, Dr. Andreas Köhler, in hausärztlichen Fragen. ([Die Mitglieder des Gremiums sind...](#))

RegioPraxis: KV Baden-Württemberg startet Modellprojekt gegen den Ärztemangel

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Baden-Württemberg hat auf ihrer Vertreterversammlung den Startschuss für die sogenannte RegioPraxisBW gegeben. In diesem Jahr soll das Projekt in zwei Praxen erprobt werden. Ziel der finanziell geförderten hausärztlich orientierten Ärztezentren ist, die ambulante Versorgung in ländlichen Gebieten sicherzustellen. Das Projekt solle zudem Lösungsansätze für den Landärztemangel aufzeigen. Ohne ein neues Finanzierungskonzept sind aber nach der Testphase keine weiteren Praxen geplant. ([Pressemitteilung der KV Baden-Württemberg, 9. Februar](#))

Anlaufstelle Bürokratieabbau: Große Resonanz in Bayern

Bei der Anlaufstelle Bürokratieabbau sind in Bayern mehr als 300 Vorschläge von Ärzten und Psychotherapeuten eingegangen. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayerns und das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG), hatten die Anlaufstelle am 1. November 2011 gestartet. Das Ziel ist, bürokratische Prozesse im Praxisalltag zu reduzieren. Die Bayerische Gesundheitsstaatssekretärin, Melanie Huml, sagt: „Viele kleine Entschlackungen in der Gesundheitsbürokratie werden dazu beitragen, dass Ärzte wieder mehr Zeit für ihre Patienten haben.“ ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 15. Februar](#))

Westfalen-Lippe testet zwei unterschiedliche Konzepte zum Arzneimittelmanagement

In Westfalen-Lippe wollen sowohl die Kassenärztliche Vereinigung zusammen mit den Krankenkassen, als auch die Apothekerkammer in Kooperation mit der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) eigene Konzepte zum Arzneimittelmanagement und zur Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit erproben. ([Ärzte Zeitung, 12. Februar](#); [Pressemitteilung der ABDA, 8. Februar](#))

Aus den Verbänden

Medizinstudenten wollen keinen allgemeinmedizinischen Pflichtabschnitt im Studium

Die Studierendenvertreter des Hartmannbundes, des Marburger Bundes und der Bundesvertretung der Medizinstudierenden haben sich gegen die Abschaffung des Wahltertials im Praktischen Jahr ausgesprochen. Die Landesgesundheitsminister hatten einen Änderungsantrag zur Novelle der Approbationsordnung eingereicht und darin statt des Wahltertials einen 4-monatigen Pflichtabschnitt in einer hausärztlichen Praxis vorgeschlagen. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 13. Februar](#))

ZI veröffentlicht Studie zur Häufigkeit von ambulanten Arztkontakten

Eine Untersuchung des [Versorgungsatlas](#) des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland (ZI) hat gezeigt, dass gesetzlich versicherte Patienten im Jahr 2007 im Durchschnitt 17,1 Mal einen Arzt aufsuchten. Dr. Dominik von Stillfried, Geschäftsführer des ZI, gab zu bedenken: „Die Analyse zeigt, dass dieser Mittelwert entscheidend durch eine kleine Patientengruppe mit besonderem Versorgungsbedarf beeinflusst wird. Eine isolierte Betrachtung des Mittelwertes führt somit zu einer Fehlinterpretation des Versorgungsgeschehens.“ Aus der Analyse ging hervor, dass lediglich 16 Prozent der Patienten die Hälfte aller Arztkontakte in Anspruch nahmen. Besonders hoch war der Arztkontakt nach Organtransplantationen (53,6 Mal). ([Pressemitteilung des ZI, 15. Februar](#))

Deutsche Krankenhausgesellschaft warnt vor Personalkostendeckungslücke

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat sich besorgt über die Lohnforderungen von ver.di für den öffentlichen Dienst gezeigt. Sie fühle sich von einer „Personalkostenwelle geradezu überrollt“. Der Hauptgeschäftsführer der DKG, Georg Baum, protestierte: „Die Deutsche Krankenhausgesellschaft appelliert an die Regierungskoalition, den Kliniken die notwendigen Finanzierungshilfen bereitzustellen.“ ([Pressemitteilung der DKG, 9. Februar](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 11,7

11,7 Prozent der 12- bis 17-Jährigen rauchen. Das hat eine aktuelle Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ergeben, die sich mit der Drogenaffinität von Jugendlichen in Deutschland beschäftigt. Die Raucherquote in dieser Altersgruppe sei 2011 gegenüber den Vorjahren rückläufig. ([Pressemitteilung der BZgA, 10. Februar](#))

Aus dem Terminkalender

- 16.02.2012 Vertreterversammlung der KV Hamburg
Hamburg, 20 Uhr
- 16.02.2012 Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr
- 18.02.2012 Vertreterversammlung der KV Niedersachsen
Hannover, 9.30 Uhr
- 22.02.2012 Vertreterversammlung der KV Sachsen-Anhalt
Magdeburg, 15.30 Uhr
- 27.02.2012 – [KBV Messe Versorgungsinnovation 2012](#)
29.02.2012 Berlin
- 06.03.2012 Vertreterversammlung der KV Bremen
Bremen, 19.30 Uhr
- 09.03.2012 Vertreterversammlung der KV Nordrhein
Düsseldorf, 15 Uhr
- 10.03.2012 Vertreterversammlung der KV Hessen
Frankfurt, 10 Uhr
- 14.03.2012 Vertreterversammlung der KV Thüringen
Weimar, 14 Uhr
- 21.03.2012 Vertreterversammlung der KV Saarland
Saarbrücken, 16 Uhr
- 22.03.2012 Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr
- 23.03.2012 Vertreterversammlung der KV Brandenburg
Potsdam, 15 Uhr
- 24.03.2012 Vertreterversammlung der KV Bayerns
München, 9 Uhr
- 30.03.2012 – [8. Mitteldeutsche Fortbildungstage für Ärzte und medizinisches Assistenzpersonal](#)
31.03.2012 Schkeuditz
- 13.06.2012 [Tag der Niedergelassenen 2012](#)
Berlin

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 4005-2207

Fax: 030 4005-2290

E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>